

18. Jahrgang, Ausgabe 3 Oktober 2012

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)
c/o CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Fürstenwallstraße 17 Tel.: 0391 566680
39104 Magdeburg E-Mail: LV@eak-sachsenanhalt.de
Homepage: www.eak-sachsenanhalt.de

„Ecclesia semper reformanda – Reformation und kein Ende?“

Aus dieser Ausgabe:

Ecclesia semper reformanda – Reformation und kein Ende 1-2

Die Deutsche Einheit 3-5

Grundsteinlegung für das erste evangelische Kinderhospiz in Sachsen-Anhalt 5

Andacht von OKR Steinhäuser 60 Geburtstag von Jürgen Scharf 6

Teil 2. Was hält uns zusammen? Identitätsstiftendes und Identitätszweifel 7-13

Der lange Weg bis die Glocken läuten können 13

Christen in der CDU zeigen Flagge Neuwahl EAK im Harz 14

Mitteilung 15

Zeitungslesen trainiert graue Zellen 16

Dass die Kirche ständig reformiert werden muss, gehört zu den allgemeinen Grundüberzeugungen der evangelischen Kirche. Der jeweilige Glauben und der aktuelle Erkenntnisstand stellen keine unumstößlichen Wahrheiten dar, sondern müssen bereit sein, sich durch den Rückgriff auf die Bibel und mögliche neue Einsichten in Frage stellen zu lassen. Ob dazu das Reformationsfest eine geeignete Hilfestellung bietet, ist allerdings längst nicht so eindeutig geklärt. Während frühere Jahrhunderte das Reformationsjubiläum als Dankfest für das Wirken Gottes durch Martin Luther feiern konnten und sich zu diesem Zweck selbstverständlich der Polemik gegen die römisch-katholische Kirche bedienten oder, etwa 1917, im „deutschen“ Luther den eigentlichen Kern seines Wirkens erblickten, herrscht heute Konsens darüber, dass das Jubiläum der Reformation nicht anders als ökumenisch begangen werden kann. Insbesondere im Blick auf das Jahr 2017 herrscht allerdings keine Einigkeit darüber, wie der Kern der reformatorischen Erkenntnis formuliert werden soll, ohne Abgrenzungen gegenüber anderen Kirchen vorzunehmen. Ein wirklich ökumenisches Gedenken muss sich sowohl vor Selbstgenügsamkeit hüten als auch bedenken, inwieweit bereits Zwischentöne von ökumenischen Partnern anders gehört werden als das in der eigenen Kirche der Fall ist. Um an diesem Punkt beim Reformationsfest Sackgassen zu vermeiden, ist unbedingt neben den geschichtlich bedingten Folgen

der Reformation ihr Hauptanliegen herauszuarbeiten und zu diskutieren. Ein Fortschritt bei dieser Frage könnte neben der bloßen Beteuerung der ökumenischen Dimension des Reformationsgedenkens dann auch tatsächliche gemeinsame Schritte und praktische Vorbereitungen der verschiedenen Kirchen ermöglichen. Der Rückruf zum Zentrum des Glaubens und seiner geistlichen Substanz ist nicht nur für die evangelische Kirche substantiell, sondern betrifft



alle christliche Kirchen in Deutschland existentiell als Herausforderung angesichts von Traditionsabbruch und Säkularisierung. An dieser Stelle kann die Rückbesinnung auf das Evangelium von Jesus Christus als Grundlage jeder kirchlichen Arbeit in Verkündigung, Gebet, pädagogischem und sozialem Handeln gemeinsame Verantwortung und gemeinsames Handeln fördern. Solange es nicht gelingt, im gemeinsamen ökumenischen Lernen in der Erkenntnis des Evangeliums voranzugehen, bleibt die Glaubwürdigkeit des christlichen Glaubens nicht nur gegenüber der säkularen Öffentlichkeit gefährdet, sondern es muss auch die Reformation oder Erneuerung der Kirche als unabgeschlossen betrachtet werden. In diesem Zusammenhang auf den Lutherweg einzugehen mag als Anachronismus erscheinen, weil die Person Luthers dabei scheinbar über Gebühr in den Vordergrund gerückt wird. Doch der Lutherweg vertritt seit seiner Eröffnung im Jahr 2008 das Anliegen, die reformatorischen Grundeinsichten und die Wirkungen der Reformation begehbar zu

Während frühere Jahrhunderte das Reformationsjubiläum als Dankfest für das Wirken Gottes durch Martin Luther feiern konnten und sich zu diesem Zweck selbstverständlich der Polemik gegen die römisch-katholische Kirche bedienten ... herrscht heute Konsens darüber, dass das Jubiläum der Reformation nicht anders als ökumenisch begangen werden kann.

„Ecclesia semper reformanda – Reformation und kein Ende?“

machen. Über den engen Kreis der akademisch Interessierten hinaus soll in möglichst großer Breite vielen Menschen ein Zugang zu diesen Grundeinsichten über besondere Orte in handgreiflicher Form und auf anschauliche Weise ermöglicht werden. Die 45 Stationen auf dem 410 km langen Lutherweg in Sachsen-Anhalt sind jeweils zu rund der Hälfte Kirchen wie die Wittenberger Stadtkirche, die Kirchen St. Petri in Wörlitz, St. Nikolai in Wettin oder St. Marien in Kemberg und andere Gebäude wie das Franciscum in Zerbst, die Franckeschen Stiftungen in Halle, das Kunstprojekt Sachsenspiegel in Reppichau oder Luthers Geburtshaus in Eisleben. Zu besonderen thematischen Schwerpunkten wie „Katharina von Bora“, „Luther und der Wein“, „Religiöse Toleranzpolitik im 18. Jahrhundert“ oder „Reformation und Bildung“ sind sowohl Pilger und Wanderer als auch andere Besucher eingeladen, eine Entdeckungsreise zu unternehmen. Ein Beispiel, wie der Lutherweg mit Initiativen am Ort verbunden sein kann,

bietet die Kirche von Gütz (Stadt Landsberg), in der es einem Verein von ehrenamtlich Engagierten aus dem Ort gelungen ist, mit Prof. Markus Lüpertz einen bundesweit bekannten Glaskünstler für die Gestaltung der Fenster ihrer kleinen Kirche zu begeistern. Sicher hat es nicht zuletzt an der engen Kooperation von Kirchen, Tourismusverbänden und Kommunen gelegen, dass sich die Idee des Lutherweges bis heute mit Thüringen, Sachsen, Bayern, Hessen und Brandenburg in insgesamt sechs Bundesländern durchgesetzt hat, an deren Ende im Jahr 2014 über 2.300 km Lutherweg ausgeschildert sein und rund 300 Stationen Menschen einladen werden, so dass man von einem deutschlandweiten Projekt sprechen kann, das in Sachsen-Anhalt seinen Anfang genommen hat.

Kirchenrat Jürgen A. Dittrich
Lutherweg-Gesellschaft e. V.
Präsident



Foto: Schüler bei einem Kunstprojekt in der Kirche von Wettin

„Die Deutsche Einheit“

Welch ein Glück – Welch eine Freude. In diesem Jahr konnten wir den 22. Jahrestag der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands feiern und gedenken. Wer hätte vor gut 22 Jahren gedacht, dass sich die beiden feindlich gegenüberstehenden und bis an die Zähne bewaffneten deutschen Staaten, ohne einen einzigen Schuss abzugeben, friedlich wiedervereinigen würden? Zu diesem, in der deutschen Geschichte einmaligen Ereignis, passt der Choral „Nun danket alle Gott“. Sämtliche Kirchenglocken zwischen Frankfurt/Oder und Aachen, zwischen Flensburg und München hätten an diesem Jahrestag läuten müssen und das jedes Jahr am „Tag der Deutschen Einheit“.

Doch diese, damals so fröhliche Atmosphäre, wurde von den Nörglern, den Pessimisten, den Einheitsgegnern und bestimmten Intellektuellen und nicht wenigen evangelischen Geistlichen getrübt. Einige von ihnen strebten eine modifizierte und eigenständige DDR an, andere meinten, Deutschland müsse nach Auschwitz ständig geteilt bleiben. Wer dagegen opponierte, wurde schnell als „rechtsradikal“ diffamiert. Eine unrühmliche Rolle spielten insbesondere die Medien. Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung und der Christen und viele Pfarrer wollten die Deutsche Einheit. Diese Basis, rund 90 Prozent der Bürger in Ost und West, wollte, dass die Kirchenglocken zur Vereinigung läuten. Es stimmt aber auch, wenn man auf die Worte deutscher Bischöfe und Kirchenpräsidenten gehört hätte, wäre die Einheit nicht zustande gekommen. Reinhard Höppner beklagte in seiner Zeit als Ministerpräsident im Landtag von Sachsen-Anhalt, dass ihm der Westen übergestülpt worden ist. Ich sagte als Landtagsabgeordneter damals



sinngemäß zu ihm, dass „Ihnen, Herr Höppner, auch ein großartiges West Mark-Gehalt, ein großer und gepanzerter Dienst-Mercedes und ein wunderschönes neues Haus übergestülpt worden sei. Ich hoffe, Sie leiden nicht darunter. Und im Übrigen, Herr Höppner, konnten Sie als leitender Kirchenfunktionär zu fast jeder Zeit in den Westen fahren. Als ein Mann in gehobener kirchlicher Stellung genossen Sie zu DDR-Zeiten gewisse Privilegien, von denen der „Otto-Normal-Verbraucher“ in der DDR nur träumen konnte“. Wie verklemmt Reinhard Höppners Geschichtsverständnis war, möge folgendes Ereignis belegen: Die

ersten Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt nutzten das ehemalige Hindenburg-Palais in der Hegelstraße in Magdeburg, in dem zu DDR-Zeiten die Deutsch-Sowjetische Freundschaft untergebracht war, als Regierungssitz. Als Reinhard Höppner 1994 Ministerpräsident von SED-PDS-Gnaden wurde, lehnte er die Nutzung des Gebäudes ab, weil dort der „Geist des Deutschen Militarismus“ herrschte. Höppner war allerdings kein Einzelgänger. Seine gleichgesinnten Brüder und Schwestern hatte er auch in der EKD. Die einzige EKD-Äußerung in den 14 Tagen nach der Erstürmung der Berliner Mauer kam zum Thema El Salvador.

Leitende Kirchenfunktionäre der DDR unterschrieben fast drei Wochen nach dem Fall der Mauer den Aufruf einiger Linksintellektueller und Kommunisten, die Eigenständigkeit der DDR möge bewahrt bleiben.

Auf die Frage, wie man sich eine freie, selbständige und souveräne DDR vorstelle, kam die große Verlegenheit. In diesen Tagen ist der Kanzler der

Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung und der Christen und viele Pfarrer wollten die Deutsche Einheit.

„Die Deutsche Einheit“

Sicherlich gibt es viel am Zusammenwachsen des einst gespaltenen Vaterlandes zu kritisieren...
Der Pfarrerstochter Angela Merkel aus Templin und dem evangelischen Pfarrer Joachim Gauck aus Rostock braucht man nicht zu sagen, wo es Schwierigkeiten in den neuen Ländern gibt. Sie wissen es!

Deutschen Einheit Kohl von vielen belächelt worden. Wer aber mit offenen Augen durch die neuen Bundesländer fährt, kommt nicht umhin, die blühenden Landschaften zu sehen. Ich will hier nicht auf die prächtigen Straßen, die schön sanierten Dörfer und Städte eingehen. Erwähnt sei aber, dass in den vergangenen 22 Jahren auf dem ehemaligen Gebiet der DDR über 200 evangelische Schulen gegründet wurden. Es entstanden mehr als 1000 neue „Diakonieeinrichtungen. Etwa 250000 Schüler erhalten jährlich Religionsunterricht und rund 2000 evangelische Kirchen wurden saniert, heißt es in der Kirchenzeitung „IDEA“. Der berühmteste Neubau ist die Frauenkirche in Dresden. Sicherlich gibt es viel am Zusammenwachsen des einst gespaltenen Vaterlandes zu kritisieren. Die besten Anwälte Deutschlands sitzen inzwischen in höchsten politischen Ämtern in Berlin. Der Pfarrerstochter Angela Merkel aus Templin und dem evangelischen Pfarrer Joachim Gauck aus Rostock braucht man nicht zu sagen, wo es Schwierigkeiten in den neuen Ländern gibt. Sie wissen es!

Zur Person von Karsten Knolle:

Ich wurde 1939 in Neinstedt bei Quedlinburg geboren. Mein Vater war dort Pastor und Vorsteher der Neinstedter Anstalten. Als Jugendlicher erlebte ich 1953 die Christenverfolgung, die Hetze der SED gegen die Kirche und gegen die Junge Gemeinde, die Hausdurchsuchungen und das Verbrennen aller bis 1945 erschienenen Bücher, incl. meiner geliebten Karl-May-Bücher. Ich erlebte die Diffamierung der Christen durch die der SED gehörenden Propaganda-Zeitung „Freiheit“, heute „Mitteldeutsche Zeitung“. Ich erlebte den Volksaufstand am 17. Juni 1953, das Kriegerrecht und schließlich das Auseinanderbrechen unserer Familie mit zwölf Kindern. Die ältesten Geschwister mussten die DDR verlassen. Ich verließ mit 16 Jahren den „Arbeiter- und Bauernstaat“. Nach meinem Wehrdienst bei den Fallschirmjägern der Bundeswehr -

ich bin Oberstleutnant der Reserve - ging ich vielen Beschäftigungen in der Bundesrepublik und den USA nach und wurde in Bonn schließlich Journalist. Die Europa-, Verteidigungs-, Sozial- und Deutschlandpolitik interessierten mich sehr. Bis zur Wende besuchte ich häufig Verwandte in der DDR. So blieb es nicht aus, dass mich die Erstürmung der Berliner Mauer besonders interessierte. Im Dez. 1989 war ich in Dresden als Journalist dabei, als Bundeskanzler Helmut Kohl seine berühmte Rede an die vier Siegermächte und an die Deutschen hielt. Auch über die Eröffnung des Fußgängerüberganges am Brandenburger Tor in Berlin durch den Kanzler berichtete ich. Im Rahmen meiner Berichterstattung über die ersten freien Wahlen zur Volkskammer kam ich im März 1991 nach Quedlinburg und Neinstedt, meinem Geburtsort. Dort erinnerte man sich an meine Eltern und die Großfamilie Knolle. Dabei wurde auch bekannt, dass ich Mitglied der CDU in Bonn sei. Im Verlauf von vielen Diskussionen sagte ich schließlich einem gewünschten Wechsel von der CDU in Bonn nach Quedlinburg zu. Auf einer Wochen später stattfindenden Mitgliederversammlung wurde ich gefragt, ob ich für den ersten Landtag von Sachsen-Anhalt kandidieren wolle. Nach einigen Überlegungen war ich dazu bereit. Bei der Neugestaltung des neuen Bundeslandes Sachsen-Anhalt wollte ich dabei sein. Dazu gehörte auch der Umzug von Bonn nach Quedlinburg. Ich lernte nun den Alltag kennen. Die verfallenen Wohngebiete in Quedlinburg, Halberstadt, Halle und Magdeburg schockten mich sehr. Der Wahlkampf für den Landtag machte mir viel Spaß. Am 14. Oktober errang ich schließlich mein Direktmandat. Ich überlegte, ob ich das Mandat annehmen soll. Zeitweise fürchtete ich mich vor der Umstellung meines Lebens vom schönen Bonn in das damals ungemütliche Quedlinburg. Ich nahm die Wahl an und war bereit zu kämpfen. Diese Entscheidung habe ich nicht bereut. Nach zwei Legislaturperioden im Landtag wurde ich von den

„Die Deutsche Einheit“

Bürgern in Sachsen-Anhalt in das Europäische Parlament gewählt. In Brüssel engagierte ich mich insbesondere auf dem Gebiet der europäischen Struktur- und Entwicklungshilfepolitik. Eine kleine Bemerkung am Rande. Ich habe indirekt zum Start von Angela Merkel in die Politik beigetragen. Etwa 14 Tage nach der Landtagswahl erhielt ich einen Anruf aus dem Bundeskanzleramt. Man bot mir in diesem Anruf den freien Bundestagswahlkreis Stralsund zur Kandidatur an. Ich bat eine Nacht um Bedenkzeit. Am nächsten Morgen rief ich in Bonn an und teilte mit, dass ich so kurz nach der Landtagswahl das Bundesland Sachsen-Anhalt und insbesondere Quedlinburg nicht verlassen kann. Der Wahlkreis an der Ostsee wurde dann Frau Merkel angeboten.

Seit Jahren bin ich aktives Mitglied im Evangelischen Arbeitskreis der Union (EAK). Ich bin EAK-Kreisvorsitzender des Kreises Harz (Wernigerode, Halberstadt und Quedlinburg). Dem EAK-Landesvorstand gehöre ich seit mehreren Jahren an.

Ich freue mich, dass ich als winzig kleines Rädchen das politische Uhrwerk ein ganz klein wenig mit bewegt habe. Meine Bilanz: Ich habe den Umzug von Bonn nach Quedlinburg nicht bereut – die prächtige Weltkulturerbestadt Quedlinburg ist meine Heimat geworden.

Karsten Knolle

**Ich habe den
Umzug von Bonn
nach
Quedlinburg
nicht bereut –
die prächtige
Weltkultur-
erbestadt
Quedlinburg ist
meine Heimat
geworden.**

„Grundsteinlegung für das erste evangelische Kinderhospiz in Sachsen-Anhalt“

Am 09. Juli 2012 wurde in Magdeburg auf dem Gelände der Pfeiffersche Stiftungen der Grundstein für das erste evangelische Kinderhospiz in Sachsen-Anhalt gelegt. Es ist das erste stationäre Kinderhospiz in Sachsen-Anhalt. Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff lobte die Initiative und hatte sich bereit erklärt, die Schirmherrschaft zu übernehmen. Sachsen-Anhalt fördert Hospizinitiativen und –vereine, die Sterbegleitungen im häuslichen Bereich durchführen.

Stationäre Hospize werden zu 90 % von den Kranken- und Pflegekassen finanziert. Die restlichen 10 % muss das jeweilige Hospiz selbst aufbringen. Dies geschieht nur durch Spenden.

Das Kinderhospiz soll im Dezember 2012 sterbenden Kindern und ihren Familien Unterstützung bieten. Dazu werden drei Doppelzimmer und zwei Einzelzimmer angeboten.

Es bietet Platz für acht Kinder. Zudem sollen Elternzimmer den

Angehörigen die Möglichkeit bieten, bei ihrem Kind zu bleiben. Weitere Spielzimmer sowie Gemeinschafts- und Entspannungsbereiche sind geplant.

Für den Ausbau des Gebäudes werden insgesamt 900.000 Euro benötigt. Bis zum heutigen Tag sind ungefähr 513.000 Euro eingegangen.

Manuel Rupsch



Foto: Viele blaue Luftballons stiegen in den Himmel. An jedem Ballon wurde ein Zettel mit guten Erfolgswünschen für das neue Kinderhospiz befestigt.

„Andacht von OKR Steinhäuser – 60. Geburtstag von Jürgen Scharf Roncalli-Haus Magdeburg“

Herr OKR Steinhäuser lässt uns in seiner Andacht anteilnehmen an seinen Gedankengängen zur Ausgestaltung seiner Rede (Grußwort mit Wünschen, Würdigung seiner politischen Arbeit im Landesparlament und als EAK Vorsitzender). Schließlich gab der naheliegende Beruf des Jubilars als Mathematiker den zündenden Einfall der Schnittmenge, der sich als gern gebrauchter Begriff auch in der Politik wiederfindet. Auf der Suche nach einer Gemeinsamkeit dieser Schnittmenge fand Steinhäuser den Psalm 8, der da ab Vers 2 lautet: „Herr, unser Herrscher, wie herrlich ist dein Name in allen Landen, der du zeigst deine Hoheit am Himmel!...“. Dieser Psalm eröffnet uns einen Blick auf unsere Existenz mit ihren Spannungen und Paradoxien. Für das Gottesvolk zur Zeit des Psalmbeters galt wie für uns heute, dass hier ein Anspruch formuliert wurde, der nicht einfach Tatsachenbeschreibung, sondern im Glauben gelebte Wirklichkeit war. Das findet sich wieder bei der Beschreibung des Lebens, der das Wesen einer Sache bestimmenden Wirklichkeiten, wie bei der Vermittlung der für gelingendes Leben nötigen Werte. Es gelte dabei das Prinzip, dass auch der schlüssigste Vortrag nicht das glaubwürdige Vorbild zu ersetzen vermag. Jürgen Scharf wurde von ihm erlebt als einer, der als Mensch, wie auch als politischer Verantwortungsträger, Verlässlichkeit und politische Kultur nicht nur im schlüssigen Vortrag zur Geltung brachte, sondern seine gelebte Wirklichkeit das unterstrich. Damit ist auch gesagt, dass ein solches Leben nicht nur auf den Höhen des Glückes verläuft, sondern auch Tiefen durchlebt werden müssen. Der Psalm 8 malt kein Bild in rosa Farben. Von Feinden und Rache ist da die Rede. Zu deren Überwindung kommt aus dem Mund von Kindern, den Ohnmächtigen, das Gotteslob.

An diesem Lob zerbricht die Macht der Mächtigen. Ist das nicht paradox? Vielleicht ist es auf Dauer eben nicht die Verschlagenheit und Skrupellosigkeit der Menschen, womit sie glauben ihre Macht zu erhalten, sondern die kindliche Naivität, dass Gesagtes auch gilt. Seit der Wiedervereinigung hat sich Herr Scharf für eine vielfältige Bildung im Land eingesetzt. Das betraf sein politisches wie ehrenamtliches Wirken. Sein Anspruch war und ist, Kindern und Jugendlichen die Bildung zukommen zu lassen, die ihnen entspricht. Nicht nur Wissen, sondern Bildung zu vermitteln, dass sich erlebbare Vielfalt positiv auswirkt auf das Gesamtsystem von Lehren und Lernen.

Die Ermächtigung, Böses bestehen und überwinden zu können, das fängt bei den Kindern an. Angesichts der überwältigenden Vielfalt dieser Welt mit all ihren Möglichkeiten ist die Demut in Vergessenheit geraten. Der Psalmbeter drückt es so aus: „Was ist der Mensch, dass du seiner gedenkst?“ Am „Gulfoss“ in Inland stehend wurde Steinhäuser die Tiefe der Frage neu bewusst. Die in die Tiefe stürzenden Wassermassen lassen einem die Zerbrechlichkeit des Menschen gegenüber der Natur bewusst werden. Alles im Griff? Alles unter Kontrolle? Welch grandiose Selbstüberschätzung! Und doch: „Du, Gott, hast den Menschen wenig niedriger gemacht dir gegenüber. Du hast ihn zum Herrn gemacht über deiner Hände Werk.“ Es geht nicht darum, den Menschen klein zu machen. Und doch: „Du, Gott, hast den Menschen wenig niedriger gemacht dir gegenüber. Du hast ihn zum Herrn gemacht über deiner Hände Werk.“



Foto: Holm Dietze (EAK Schriftführer) und Jürgen Scharf

Es geht nicht darum, den Menschen klein zu machen.

Es geht darum, die Größe der Verantwortung, die uns zugetraut wird, zu erkennen und anzunehmen. In seinem politischen wie außerpolitischem Wirken hat sich Jürgen Scharf ganz bewusst auch als Christ verstanden und engagiert. Als langjähriger Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU unseres Bundeslandes. Als Mitglied des obersten legislativen Organs seiner Kirche, der Synode.

Im Kuratorium des Ökumenischen Domgymnasiums und in seiner Gemeinde. Menschen, die in einer besonderen Gestaltungsverantwortung stehen, müssen sich immer wieder der

Rahmendaten ihrer Verantwortung vergewissern. Welche Werte sind es, die meinem Handeln seine Gründung und Richtschnur geben? Welche Kompromisse will ich eingehen, welche nicht? Kann ich zu Fehlern stehen, weil ich mich als Mensch mit meinen Fehlern angenommen weiß? Kann ich darum anderen auch ihre Fehler nachsehen? Viel ist uns zugetraut an Verantwortung für diese Welt und füreinander. Wir können uns dieser Verantwortung stellen, auch ohne den Blick für die Grenzen unseres eigenen Vermögens zu verlieren. Gehalten von Gott und gerade dadurch frei. Mit einem Gebet schließt OKR Steinhäuser seine Andacht mit Grußwort ab.

Holm Dietze

„Was hält uns zusammen? Identitätsstiftendes und Identitätszweifel Teil 2 vom 27.01. - 29.01.2012, Schloss Wendgräben“

Das Verhältnis von Staat und Kirche auf der Grundlage des Grundgesetzes. Der Staat garantiert das rechtliche Freiheitsangebot und die Rahmenbedingungen. Die Kirche bietet Erfahrungen, Sichtweisen und Maßstäbe zur Wahrnehmung der kulturellen und sozialen Freiheit im Dienst der staatlichen Gemeinschaft und legt die Wurzeln freiheitlicher Demokratie.

„Religionsfreiheit ist deshalb nicht die Freiheit zu einem privaten Hobby, sondern das Recht, über Transzendenz auch gemeinschaftlich nachzudenken, nach kirchlichen Maßstäben auch öffentlich zu handeln, die in einem freiheitlichen System unverzichtbare Bindungsfähigkeit zu bewahren, Religion und Frömmigkeit auch für das Gemeinschaftsleben wirksam werden zu lassen.“ (Kirchhoff, a.a.O., S.47)

Unser Verständnis vom Menschen basiert bewusst oder unbewusst auf den jüdisch-christlichen Wurzeln Europas. Eine Bewahrung dieser kulturellen Werte

kann letztlich nur gelingen, wenn die Stützen der Gesellschaft, wie auch jeder Einzelne, diese Werte verinnerlicht. Nur so ist es möglich, dass Widerstand geleistet werden kann, wenn Wertmaßstäbe maßlos verändert oder gar in ihr Gegenteil verwandelt werden sollen. Eine freiheitliche Ordnung, demokratische Entfaltung des Gemeinwesens, verantwortlicher Umgang mit den Ergebnissen der Wissenschaft und Schutz des Lebens vom Anfang bis zum Ende in all seinen Formen und Begrenztheiten sind nur möglich, wenn der Gedanke der Würde aller Menschen bei allen Menschen in der Gesellschaft verwurzelt ist. Aus diesen Grundsätzen (und der christlichen Lehre) erwächst die Forderung, dass auch im Wirtschaftsleben nicht alle Wirtschafts- und Kapitalinteressen nur



Nützlichkeitsabwägungen unterzogen werden. Das Marktsystem muss mit einer stützenden Sozialordnung ausgestaltet sein. Jürgen Heise schreibt (Rheinischer Merkur 4/10), dass bei der Auslegung und Anwendung einzelner Grundgesetzartikel in der Gesetzgebung und Rechtsprechung nicht übersehen werden darf, dass einige Festlegungen des Grundgesetzes sich dem christlichen Verständnis des Menschen verdanken. „Dies muss die christliche Kirche im öffentlichen Gespräch argumentativ geltend machen.“ Das betrifft u.a. die Fragen, was Medizin in Anwendung und Forschung darf (Anfang und Ende des

Lebens). Da wird die Begrenztheit des Staates für eine Entscheidungsfindung deutlich und er ist angewiesen auf Institutionen, die diese Sinnfragen stellen und auch zu beantworten versuchen. Heise weist noch einmal auf die Präambel des Grundgesetzes hin, die da lautet: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen hat das deutsche Volk dieses

Grundgesetz beschlossen.“ Damit ist deutlich, dass das Grundgesetz in Bezug auf sich über sich hinausweist. So die Schlussfolgerung von Heise. Der Artikel 1 der Grundrechte beginnt mit den Sätzen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Mit dem ersten Satz im Artikel 1 des Grundrechtes ist nicht definiert, ab wann der Mensch—Mensch ist und ab wann er tot ist. Es ist genügsam bekannt, wie erbittert um Definitionen gestritten wird. Im Hintergrund steht immer die Frage: Was ist der Mensch? Heise meint, dass es keine christliche Politik gibt und die Kirche kein Recht hat, dem Staat und der Politik bestimmte Positionen aufzuzwingen. Der christliche Politiker sollte deshalb in besonderer Weise sich

**„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen hat das deutsche Volk dieses Grundgesetz beschlossen.“
Damit ist deutlich, dass das Grundgesetz in Bezug auf sich über sich hinausweist.**

„Was hält uns zusammen?
Identitätsstiftendes und Identitätszweifel
Teil 2 vom 27.01. - 29.01.2012, Schloss Wendgräben“

...dass Werte wie
Wahrheit,
Wahrhaftigkeit
und
Gerechtigkeit
nicht Produkte
der Politik
sind, sondern
diese erst
bedingen.

bewusst sein, dass der Mensch nicht Maß aller Dinge ist und dass er einer höheren Macht Rechenschaft schuldet. Er sollte wissen, dass Werte wie Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit nicht Produkte der Politik sind, sondern diese erst bedingen. Der Artikel 7 bestimmt den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den öffentlichen Schulen. Keine gegensätzliche Regelung darf dieses Grundrecht in Frage stellen. Religions- und Ethikunterricht helfen den Schülern bei der Suche nach tragfähigen Antworten für ihre Lebensführung. Auf die tradierte christliche Überlieferung kann angesichts der Rechtslage, die durch das Grundgesetz gewährleistet ist, der Staat nicht verzichten, andererseits darf die Kirche den Staat auch nicht aus seiner Verpflichtung gegenüber dem Grundgesetz entlassen. Heise geht auch auf Artikel 139 ein, der dem Schutz von Sonn- und Feiertagen dient. Er macht eine bedeutungsvolle Aussage dazu, indem er sagt: „Der Mensch soll durch nichts und niemand gezwungen werden, sich nur durch Arbeit definieren zu müssen.“ Der Staat sollte ein elementares Interesse daran haben, den Menschen bei allen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen die Möglichkeit zu geben, innezuhalten und sich auch auf die eigenen kulturellen Werte zu besinnen. **Im 5. Abschnitt** geht es um den Einsatz für Recht und Gerechtigkeit. Willems eröffnete diesen Abschnitt mit dem in der Wendezeit oft zitierten Satz: „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat.“ (Er gab die gefühlte Ungerechtigkeit wieder, die durch Betriebsschließungen und nicht durch Modernisierung dieser entstand (H. Dietze)). Willems führt weiter aus, dass es den Menschen in der DDR nicht sofort einleuchtend war, dass Gerechtigkeit abstrakt nicht zu haben ist. Es ist nur möglich, mit den Mitteln des Rechtsstaates sich dieser abstrakten Gerechtigkeit anzunähern, den Raum dafür zu öffnen und zu sichern. Wie in diesem Raum der Gerechtigkeit Bahn verschafft wird, ist eine Aufgabe der Politik, eine Aufgabe der Gesellschaft, also unser aller Aufgabe. Der Rechtsstaat mit seinen Institutionen (ordentliche Gerichte, Verwaltungsgerichte, Bundesgerichtshof,

Bundesverfassungsgericht usw.) garantiert unsere Freiheit und die Möglichkeit, unser Recht prüfen zu lassen und durchzusetzen. Wenn die Menschen dieses Staates sich nicht mehr für Gerechtigkeit einsetzen und sich resigniert zurückziehen, dann ist der Punkt erreicht, wo die Gesellschaft auseinander bricht. Erforderlich ist ein Grundkonsens über Gerechtigkeit. Dieser muss erst in vielen Diskussionen und politischen Debatten errungen werden. Dass das nicht einfach ist, zeigen die höchst unterschiedlichen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit. Die soziale Marktwirtschaft ist gehalten, nicht nur ökonomische, sondern auch ethische Prinzipien zu beachten, um von den Menschen als die ihre erkannt zu werden. Die Wirtschaft führt kein Eigenleben, sondern sie ist Bestandteil einer gesellschaftlichen Gesamtordnung, die gleichzeitig dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Aus der christlichen Perspektive betrachtet, muss jeder Mensch als Ebenbild Gottes eine eigene Chance haben, um sein Leben eigenverantwortlich und menschengerecht zu gestalten. Die, denen das nicht mehr möglich ist (Alte, Kranke, Behinderte), haben einen Anspruch auf Solidarität. **Das abschließende 6. Kapitel** ist titulierte mit „Die Verantwortung der Politik und der Bürger im Prozess der Einigung in wesentlichen Fragen des Gemeinwesens.“ Die Gefahr, dass das demokratische Gemeinwesen verkümmert, hängt im Wesentlichen vom Vertrauen des Bürgers in die Politik und seiner Repräsentanten ab. Aufschlussreiche Sätze zu dieser Problematik finden sich in dem „Gemeinsamen Wort“ der EKD und der katholischen Bischofskonferenz zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens. Sein Titel: „Demokratie braucht Tugenden“ (2006). Die Struktur des demokratischen Rechtsstaates ist das eine, das Schwierige andere ist, dass Funkzionieren und Gelingen von Menschen abhängig ist, die um Konsensbildung ernsthaft bemüht sein müssen. Das sogenannte „Parteiengezänk“ mag keiner, aber es ist dennoch unabdingbar, damit Unterschiede der Auffassungen deutlich werden. In dieser Schrift wird festgestellt, dass die Einsicht fehlt, dass für die

**„Was hält uns zusammen?
Identitätsstiftendes und Identitätszweifel
Teil 2 vom 27.01. - 29.01.2012, Schloss Wendgräben“**

Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Gemeinwesens alle dem Gemeinwesen angehörenden Bürger verantwortlich sind. Weiterhin fehlt die Einsicht der Bürger darüber, dass eine Demokratie nur funktionieren kann, wenn sich die Bürger an der politischen Entscheidungsfindung und Willensbildung aktiv beteiligen. Für das Funktionieren der demokratischen Institutionen sind die Bürger mit verantwortlich. Notwendig ist die Begegnung von Abgeordneten mit den Bürgern, um beiderseitig Meinungen auszutauschen. Die Politikverdrossenheit hat ebenfalls zwei Seiten, auf der einen Seite die Politiker und auf der anderen die Verdrossenen. Bei den Politikern hängt es mit ihren Verhaltensweisen zusammen. Der sachliche Streit ist meist selten. Zu beobachten sind persönliche Verunglimpfungen, Streben nach persönlichen oder politischen Vorteilen, Verneblungen des Sachbestandes, Halbwahrheiten und selbst Lügen. Oft ein Sprachgebrauch, den die Menschen nicht verstehen. Es werden Kampfbegriffe, Worthülsen und Leerformeln verwendet. Die Hoffnung, dass sich die entstandene Kluft zwischen Berufspolitikern und Bürgern verringern könnte, bleibt vorerst eine Illusion. Solche Zustände sind zu Zeiten von enormer globaler Herausforderungen beinahe tödlich für ein Gemeinwesen. Auch wenn es eng wird bei Entscheidungsfindungen, bleiben die Politiker meist unter sich und beraten auf Regionalkonferenzen ihrer Partei. Selbst bei Podiumsdiskussionen sind Politiker oft unter sich. „Dialektik der Säkularisierung“ Jürgen Habermas, Joseph Ratzinger (Verlag Herder, 2005). Habermas greift auf den von E. W. Böckenförde (1967) geäußerten Gedanken zurück, „ob der freiheitliche, säkularisierte Staat von normativen Voraussetzungen zehrt, die er selbst nicht garantieren kann.“ Es bleibt dabei, so Habermas,

„dass liberale Ordnungen auf die Solidarität ihrer Staatsbürger angewiesen sind und deren Quellen könnten infolge einer „entgleisenden“ Säkularisierung der Gesellschaft im Ganzen versiegen“. Habermas schlägt vor, „die kulturelle und gesellschaftliche Säkularisierung als einen doppelten Lernprozess zu verstehen, der die Traditionen der Aufklärung ebenso wie die religiösen Lehren zur Reflexion auf ihre jeweiligen Grenzen nötig.“ Daraus ergibt sich eine Gratwanderung. Was kann der Staat den gläubigen wie ungläubigen Bürgern zumuten? Habermas geht davon aus, „dass die Verfassung des liberalen Staates ihren Legitimationsbedarf selbstgenügsam, also aus den kognitiven Beständen eines von religiösen und metaphysischen Überlieferungen unabhängigen Argumentationshaushaltes bestreiten kann. Das Wort „Verfassungspatriotismus“ bedeutet, „dass sich Bürger die Prinzipien der Verfassung nicht allein in ihrem abstrakten Gehalt, sondern konkret aus dem geschichtlichen Kontext ihrer jeweils eigenen nationalen Geschichte zu eigen machen.“ Im Abschnitt „Wenn das soziale Band reißt“ äußert Habermas, „dass nach bisherigen Überlegungen die säkulare Natur des demokratischen Verfassungsstaates keine dem politischen System als solchen innewohnende, also interne Schwäche aufweist, die in kognitiver oder motivationaler Hinsicht eine Selbststabilisierung gefährdet.“ Einschränkend meint er, „dass eine entgleisende Modernisierung der Gesellschaft im Ganzen sehr wohl das demokratische Band mürbe machen und die Art von Solidarität auszehren kann, auf die der demokratische Staat, ohne sie rechtlich erzwingen zu können, angewiesen ist.“ Habermas spricht in seinen Ausführungen auch die Märkte an. „Märkte, die ja nicht wie staatliche Verwaltungen demokratisiert

**Das Wort
„Verfassungspatriotismus“
bedeutet, dass sich Bürger die
Prinzipien der Verfassung nicht
allein in ihrem abstrakten
Gehalt, sondern konkret aus dem
geschichtlichen Kontext ihrer
jeweils eigenen nationalen
Geschichte zu eigen machen.**

**„Was hält uns zusammen?
Identitätsstiftendes und Identitätszweifel
Teil 2 vom 27.01. - 29.01.2012, Schloss Wendgräben“**

**Da die ... Märkte
und die
administrative
Macht die
gesellschaftliche
Solidarität aus
immer mehr
Lebensbereichen
verdrängen, liegt
es im eigenen
Interesse des
Verfassungs-
staates, mit all
den kulturellen
Quellen
schonend
umzugehen, aus
denen sich das
Normbewusstsein
und die
Solidarität von
Bürgern speisen.**

werden können, übernehmen zunehmend Steuerungsfunktionen in Lebensbereichen, die bisher normativ, also entweder politisch oder über vorpolitische Formen der Kommunikation zusammengehalten worden sind“. Verstärkt wird der staatsbürgerliche Privatismus durch den entmutigenden Funktionsverlust einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung, die einstweilen nur in den nationalen Arenen halbwegs funktioniert und darum die auf supranationalen Ebenen verschobenen Entscheidungsprozesse nicht mehr erreicht. Auch die schwindende Hoffnung auf die politische Gestaltungskraft der internationalen Gemeinschaft fördert die Tendenz zur Entpolitisierung der Bürger. Postmoderne Theorien begreifen diese Krisen vernunftkritisch und damit nicht als Folge einer selektiven Ausschöpfung der in der westlichen Moderne immerhin angelegten Vernunftpotentiale, sondern als logisches Ergebnis des Programms einer selbstdestruktiven geistigen und gesellschaftlichen Rationalisierung. So trifft das Theorem, dass einer zerknirschten Moderne nur noch die religiöse Ausrichtung auf einen transzendenten Bezugspunkt aus der Sackgasse helfen könne, auch heute wieder auf Resonanz.“ In seinem mit Exkurs betitelten Abschnitt sieht Habermas einen Anknüpfungspunkt für den philosophischen Diskurs über Vernunft und Offenbarung, eine immer wiederkehrende Denkfigur, die er so begründet: „Die auf ihren tiefsten Grund reflektierende Vernunft entdeckt ihren Ursprung aus einem Anderen, dessen schicksalhafte Macht sie anerkennen muss, soll sie nicht in der Sackgasse hybrider Selbstbemächtigung ihre vernünftige Orientierung verlieren“. „Unabhängig“, so führt er weiter aus, „ist der Ausgangspunkt der Überarbeitung aus eigener Kraft, die bei Schleiermacher am Selbstbewusstsein des erkennenden und handelnden Subjekts ansetzt, bei Kierkegaard an der je eigenen existenziellen Selbstvergewisserung oder, wie bei Hegel,

Feuerbach und Marx, an der provokativen Zerrissenheit sittlicher Verhältnisse.“ „Ohne anfänglich theologische Absicht überschreiten sich auf diesem Wege eine ihrer Grenzen innewerdende Vernunft auf ein Anderes hin.“ „Die gegenseitige Durchdringung von Christentum und griechischer Metaphysik hat ja nicht nur die geistige Gestalt theologischer Dogmatik und eine – nicht in jeder Hinsicht segensreiche - Hellenisierung des Christentums hervorgebracht. (Hier ist die Grundlage zu sehen, ob der Islam zu Deutschland gehört oder nicht. (H. Dietze) „Sie (die Philosophie) hat den ursprünglich religiösen Sinn zwar transformiert, aber nicht auf eine entleerende Weise deflationiert und aufgezehrt.“ Da die schon genannten Märkte und die administrative Macht die gesellschaftliche Solidarität aus immer mehr Lebensbereichen verdrängen, liegt es im eigenen Interesse des Verfassungsstaates, mit all den kulturellen Quellen schonend umzugehen, aus denen sich das Normbewusstsein und die Solidarität von Bürgern speisen. Das sind konsequente Gedanken von Habermas, die er im Abschnitt „Säkularisierung als zweifacher und komplementärer Lernprozess“ äußert. Sehr nachdenkenswert ist der Abschnitt über das Miteinander von säkularen und gläubigen Bürgern. „Jede Religion ist ursprünglich „Weltbild“ und beansprucht Autorität“, so die Feststellung von Habermas. „Diesen Anspruch musste die Religion unter den Bedingungen der Säkularisierung des Wissens, der Neutralisierung der Staatsgewalt des Wissens, der Neutralisierung der Staatsgewalt und der verallgemeinerten Religionsfreiheit aufgeben. Im speziellen Fall der „Nicht Übereinstimmung von Glauben und Wissen verdient nämlich nur dann das Prädikat „vernünftig“, wenn religiösen Überzeugungen auch aus der Sicht des säkularen Wissens ein epistemischer (erkenntnistheoretischer) Status zuerkannt wird.“ Als „gegnerischer“ Gesprächspartner äußert sich der

**„Was hält uns zusammen?
Identitätsstiftendes und Identitätszweifel
Teil 2 vom 27.01. - 29.01.2012, Schloss Wendgräben“**

damalige Kardinal Ratzinger zu dem Fragenkomplex. Ratzinger meint, dass das von H. Küng „vorgetragene Projekt“ „Weltethos“ trotz der Kritik von R. Spaemann großen Zuspruch erfahren hat. Für Ratzinger ist es „offenkundig“, dass die Wissenschaft als solche Ethos nicht hervorbringen kann, andererseits, so Ratzinger, „ist doch auch unbestreitbar, dass die grundlegende Veränderung des Welt- und Menschenbildes, die sich aus den wachsenden wissenschaftlichen Erkenntnissen ergeben hat, wesentlich am Zerbrechen alter moralischer Gewissheiten beteiligt ist.“ Seine Forderung lautet: „Das nichtwissenschaftliche Element aus den wissenschaftlichen Ergebnissen auszuschneiden.“ Aus dem Abschnitt „Macht und Recht“ sind wesentliche Sätze herausgegriffen. „Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts muss gelten.“ „Die rechtlose Freiheit ist Anarchie und darum Freiheitszerstörung. Die Aufgabe, Macht unter das Maß des Rechtes zu stellen, verweist daher auf die weitere Frage: Wie entsteht Recht, und wie muss Recht beschaffen sein, damit es Vehikel der Gerechtigkeit und nicht Privileg derer ist, die die Macht haben, Recht zu setzen?“ Durch die Instrumente der demokratischen Willensbildung dürfte das verhindert werden. Ausgehend davon, dass es schwerlich unter den Menschen Einstimmigkeit geben wird, bleibt nur die Mehrheitsentscheidung. „Aber Mehrheiten können auch blind oder ungerecht sein.“ „So lässt auch das Mehrheitsprinzip immer noch die Frage nach den ethischen Grundlagen des Rechts übrig“. In den verschiedenen Menschenrechtserklärungen ist ein normativer Bestand dieser Elemente zu finden. So hat der Islam seine vom Westen abweichenden Menschenrechtsvorstellungen und China fragt sich ernsthaft, ob die Menschenrechte nicht eine Erfindung des Westens seien.

Ratzinger geht auf die Reichweite dieser normativen Elemente ein. „Um neue Formen der Macht und neue Fragen nach ihrer Bewältigung“. Welche Herausforderungen stellen sich dadurch der Menschheit? Am Ende des 2. Weltkrieges war es der Schrecken der Atombombe. Die Möglichkeit, die Erde und damit die Menschheit zu zerstören. Gegenwärtig beherrscht uns die Furcht vor dem allgegenwärtigen Terror. Aus welchen Quellen speist sich der Terror? Das erschreckende am Terror ist, dass er sich teilweise moralisch legitimiert. Bin Ladens Terror eine Antwort der machtlosen und unterdrückten Völker auf den Hochmut der Mächtigen? Der Terrorismus wird durch religiösen Fanatismus gespeist. Ist dann Religion noch eine heilende und rettende, oder nicht eher eine archaische und gefährliche Macht, die falsche Universalismen aufbaut und dadurch zu Intoleranz und Terror verleitet, fragt Ratzinger. Ist die Vernunft nicht berufen, dann die Religion zu kontrollieren? Damit nicht genug, am Horizont der Machbarkeit steigt die Möglichkeit auf, dass der Mensch Menschen produzieren kann. Der Mensch ist dann nicht mehr ein Geschenk der Natur oder eines Schöpfergottes, er ist sein eigenes Produkt! Jetzt ist der Zeitpunkt, auch an der Vernunft zu zweifeln. Es stellt sich die Frage: Wie kann in einer Weltgesellschaft, wie sie sich uns darstellt, eine wirksame ethische Evidenz (Deutlichkeit) gefunden werden, die in der Lage ist, auf die angedeuteten Herausforderungen entsprechend zu reagieren? Im 3. Kapitel geht es um die Voraussetzungen des Rechts. In Griechenland verlor das auf Götter gegründete Recht seine Deutlichkeit. Es kam der Gedanke auf, dass es doch ein Recht geben muss, das aus der Natur dem Sein des Menschen selbst folgt. Dieses Recht muss gefunden werden. Uns näherliegend, so Ratzinger, ist der doppelte Bruch, der zu Beginn der Neuzeit für das europäische Bewusstsein

**So hat der Islam
seine vom Westen
abweichenden
Menschenrechts-
vorstellungen
und China fragt
sich ernsthaft,
ob die
Menschenrechte
nicht eine
Erfindung des
Westens seien.**

**„Was hält uns zusammen?
Identitätsstiftendes und Identitätszweifel
Teil 2 vom 27.01. - 29.01.2012, Schloss Wendgräben“**

**Auch wenn die
säkulare Kultur
einer strengen
Rationalität
weithin dominant
ist, ist das
christliche
Verständnis der
Wirklichkeit nach
wie vor eine
wirksame Kraft.**

eingetreten ist.

1. Der Ausbruch aus den Grenzen der europäischen, der christlichen Welt, der sich mit der Entdeckung Amerikas vollzieht. Es gibt keine Rechtsgemeinsamkeit mit diesen Völkern. Aber sind diese dann rechtlos? Zumindest praktizierte man ihre Rechtlosigkeit. Es steht die Frage nach einem Recht, das alle Rechtssysteme überschreitet. 2. Dieser Bruch vollzog sich in der Christenheit selbst durch die Glaubensspaltung.

Wieder galt es, ein Recht zu entwickeln, das beiden Glaubensrichtungen gerecht sein würde. Es konnte nicht im Glauben liegen, sondern in der Natur und damit in der Vernunft des Menschen.

H. Grotius und S. v. Pufendorf u.a. entwickelten die Idee des Naturrechts als eines Vernunftrechts. „Das Naturrecht ist - besonders in der katholischen Kirche die Argumentationsfigur geblieben, mit der sie in den Gesprächen mit der säkularen Gesellschaft und anderen Glaubensgemeinschaften an die gemeinsame Vernunft appelliert und die Grundlagen für eine Verständigung über die ethischen Prinzipien des Rechts in einer säkularen pluralistischen Gesellschaft sucht. Die Idee des Naturrechts setzte einen Begriff von Natur voraus, in dem Natur und Vernunft ineinander greifen, die Natur selbst vernünftig ist. Diese Sicht von Natur ist mit dem Sieg der Evolutionstheorie zu Bruch gegangen. Die Natur als solche sei nicht vernünftig, auch wenn es in ihr vernünftiges Verhalten gibt: Das ist die Diagnose, die uns von dort gestellt wird und heute weithin unwidersprechlich scheint. Als letztes Element des Naturrechts, das im Tiefsten ein Vernunftrecht sein wollte, jedenfalls in der Neuzeit, sind die Menschenrechte stehen geblieben. Sie sind nicht verständlich ohne die Voraussetzung, dass der Mensch als Mensch, einfach durch seine Zugehörigkeit zur Spezies Mensch, Subjekt von Rechten ist, das sein Sein selbst Werte und Normen in sich trägt, die zu finden, aber nicht zu erfinden sind.“ Der 4. Abschnitt befasst sich mit der „Interkulturalität und ihren Folgen“. „Interkulturalität

erscheint mir heute eine unerlässliche Dimension für die Diskussion um die Grundfragen des Menschseins zu bilden, die weder rein binnenchristlich noch rein innerhalb der abendlichen Vernunfttradition geführt werden kann. Beide sehen sich zwar ihrem Selbstverständnis nach für universal an und mögen es de jure auch sein. De facto müssen sie anerkennen, dass sie nur in Teilen der Menschheit angenommen und auch nur in Teilen der Menschheit verständlich sind. Vor allem ist wichtig, dass es innerhalb der kulturellen Räume keine Einheitlichkeit mehr gibt, sondern dass alle kulturellen Räume durch tiefgreifende Spannungen innerhalb ihrer eigenen kulturellen Tradition geprägt sind. Auch wenn die säkulare Kultur einer strengen Rationalität weithin dominant ist, ist das christliche Verständnis der Wirklichkeit nach wie vor eine wirksame Kraft“.

Von Spannungen geprägt sind der islamische Kulturraum (die mehrheitlich dominierenden Sunniten gegen die Schiiten, die Ratzinger nicht erwähnt, sondern auf die fanatische Bin Laden Gruppe bis hin zu toleranten Muslimen verweist), die Kulturräume des Hinduismus und des Buddhismus, die Stammeskulturen Afrikas bis hin zu den wieder wachgerufenen Stammeskulturen Latein-Amerikas. „Was folgt aus alledem? Zunächst einmal, so scheint mir, die faktische Nichtuniversalität der beiden großen Kulturen des Westens. Die Frage des Teheraner Kollegen, die J. Habermas erwähnt, hat doch von einigem Gewicht zu sein, die Frage nämlich, ob nicht aus kulturvergleichender und religionssoziologischer Sicht die europäische Säkularisierung ein Sonderweg sei, der einer Korrektur bedürfe.“ Unsere säkulare Rationalität ist nicht jeder Ratio einsichtig. Ihre Evidenz ist faktisch an bestimmte kulturelle Kontexte gebunden und sie muss anerkennen, dass sie als solche nicht in der ganzen Menschheit nachvollziehbar und daher in ihr auch nicht im Ganzen operativ sein kann. Mit anderen Worten, die rationale oder

„Was hält uns zusammen? Identitätsstiftendes und Identitätszweifel Teil 2 vom 27.01. - 29.01.2012, Schloss Wendgräben“

die ethische oder die religiöse Weltformel, auf die alle sich einigen und die das Ganze tragen könnte, gibt es nicht. Jedenfalls ist sie gegenwärtig unerreichbar. Deswegen bleibt auch das sogenannte Weltethos eine Abstraktion“. Im letzten Abschnitt 5 fasst Ratzinger noch einmal seine Überlegungen zusammen, die für sich allein vielleicht einigen Lesern die Zusammenhänge nicht verstehen lassen könnten und deswegen ausgeblendet werden.

Holm Dietze

„Der lange Weg bis die Glocken läuten können“

Nachdem der Gemeindegemeinderat der Magdeburger Evangelischen Christusgemeinde im Jahre 1947 beschlossen hatte, neben dem vorhandenen Gemeindegemeinderaum einen Glockenturm zu errichten, sammelten Mitglieder aus den Trümmern der zerstörten Magdeburger St. Petri-Kirche den benötigten Bronzeschrott. In Apolda wurden dann drei Glocken gegossen, die im August 1948 erstmalig im Nationaltheater Weimar zu dessen Eröffnung erklangen. Die Gemeinde muss nun noch 65 Jahre seit dem Beschluss des GKR warten, bis es am 28.10.2012 soweit ist und die Glocken zu Gottes Ehre läuten werden. Der Weg bis dahin war aber sehr steinig und die Gemeinde brauchte sehr viel Gottvertrauen. Nachdem circa 10 Zentner Bronzeschrott geborgen wurden, musste dieser nach Apolda und die fertigen Glocken zurück nach Magdeburg transportiert werden. Dies war 1947/48 bestimmt keine einfache Aufgabe. Danach Bauanträge gestellt, Baumaterial besorgt, Fachkräfte, die freiwillig Arbeiten übernehmen sollten, organisiert und wieder Bauanträge gestellt. Alles half nichts, der Wohnbezirksausschuss der Nationalen Front des Hopfengartens sah keine Notwendigkeit für die Errichtung eines Glockenturms und, wie sie lakonisch feststellten, auch unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der christlichen Bevölkerung. Am 6. Januar 1961 kam dann die endgültige schriftliche Ablehnung durch die Genossen im Rat der Stadt. Im Jahre 1963 wurde

nochmals der Versuch unternommen, eine Baugenehmigung zu bekommen. Der Rat der Stadt ließ sich noch nicht mal zu einer Antwort herab. Die drei Glocken wurden nun an andere Gemeinden ausgeliehen. Nach der friedlichen Revolution ist eben vieles anders geworden, so dass die Gemeinde erneut das Projekt Glockenturm in Angriff nehmen konnte. Alle Unterlagen waren schnell beisammen, Prof. Grosche erstellte einen Entwurf und zur Jahreswende 2009/10 lag die Baugenehmigung vor. Mit großer Kraftanstrengung wurden die nötigen Finanzen eingeworben. Hier half auch der CDU Ortsverband mit einer Spende, da sich die CDU-Mitglieder ebenso wie sehr viele Einwohner, auf das Läuten freuen. Wenn wir jeden Abend um 18 Uhr an den Feierabend erinnert und sonntags zum Gottesdienst gerufen werden, erwachen bestimmt bei vielen Kindheitserinnerungen. Für mich gehörte das tägliche Läuten zum Signal das Spielen zu beenden und nach Hause zu gehen. So wird es bestimmt bei vielen Menschen gute Erinnerungen auslösen. Für uns Christen wird der Glockenturm und das tägliche Läuten ein erkennbares Zeichen sein von Gottes Nähe und für die übrige Bevölkerung kann es für das Wohngebiet identitätsstiftend, neben dem SKET und einer immer kleiner werdenden Grünfläche am Hopfenplatz, beitragen. Die Glocken bilden ein genau abgestimmtes Geläut mit den Tönen c'', es'' und g'', welches sehr harmonisch klingen wird.

Die Inschrift aller drei Glocken lautet in Erinnerung an die im zweiten Weltkrieg während des großen Luftangriffs zerstörte Kirche St. Petri „umgegossen in schwerer Zeit sind wir Rufer zur Ewigkeit. Einst luden wir St. Petri ein. Jetzt läuten wir der Christusgemein. A.D.1948“. Die Petrus-Glocke wurde weiterhin mit Vers 1-2a aus Psalm 130, die Heilands-Glocke mit Matthäus 11,28 und die Andreas-Glocke mit Vers 2 aus Psalm 34 verziert. Für alle die mehr erfahren möchten, kann ich die Schrift „Ein Glockenturm für die Christusgemeinde in Magdeburg/Hopfengarten“ von Dr. Chr. von Knorre und Dr. G. Pampel empfehlen.

Reinhard Gurcke
stellv. Kreisvorsitzender EAK
Magdeburg



„Christen in der CDU zeigen Flagge Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU im Landkreis Harz wurde neu gewählt“



Foto v.l.n.r.: Ulrich Pels, Karsten Knolle, Dr. Uwe Heuck, Gerhard Oertel, Jürgen Scharf

Der Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU (EAK) im Landkreis Harz ist am 17. Oktober in Wernigerode neu gewählt worden. Die EAK-Mitglieder wählten den ehemaligen Landtags- und Europaabgeordneten Karsten Knolle (Quedlinburg) erneut zu ihrem Vorsitzenden. Als Beisitzer gehören dem Vorstand Dr. Uwe Heuck (Wernigerode), Gerhard Oertel (Ballenstedt) und Ulrich Pels (Ballenstedt) an. Der anwesende EAK Landesvorsitzende Jürgen Scharf dankte dem bisherigen Vorstand für seine Arbeit und sicherte dem neu gewählten Vorstand seine Unterstützung zu. Der EAK-Vorstand will sich mit Engagement in die gegenwärtig stattfindende Programmdiskussion der CDU Sachsen-Anhalt einmischen. Wie der EAK-Vorsitzende Karsten Knolle betonte, darf die gewachsene christliche geprägte Wertegemeinschaft nicht in Frage gestellt und durch allgemeine Beliebigkeiten dem fragwürdigen Zeitgeist geopfert werden. Mit Blick auf das Reformationsjubiläum sind die Kirchen und alle Christen aufgerufen, ihr geistiges Profil zu schärfen und eine klare Botschaft an die Welt zu richten. Im Jahr 2013 jähren sich zum 60. Mal der Tag des Volksaufstandes am 17. Juni und die Christenverfolgungen im Frühjahr des Jahres 1953. An beide Ereignisse soll mit entsprechenden Veranstaltungen erinnert werden.

Der EAK-Landesvorsitzende wies auf den unverzichtbaren Beitrag des EAK für die Politik der CDU hin. Keine politische Grundlegung ist ohne fundiertes Mitwirken des EAK möglich. Was ist denn die Grundlegung jeden demokratischen Staates? Es ist das Besinnen auf das bis heute prägende christliche Menschenbild.

Der frühere Richter am Bundesverfassungsgericht Ernst-Wolfgang Böckenförde drückte dieses so aus:

„Der freiheitliche, säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, dass er um der Freiheit willen, eingegangen ist.“ Auf diesem Hintergrund ist es sehr ernst zu nehmen, wenn es eine zunehmende Lust an der Verächtlichmachung religiöser Anschauungen besonders des Christentums gibt, sei es die Papstkarikatur in der „Titanik“ oder ein „Kinderbuch“ „Wo bitte geht’s denn hier zu Gott? fragte das kleine Ferkel“. Nach dem sogenannten Gotteslästerungsparagrafen (STGB §166) ist die Beschimpfung von religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnissen strafbar, wenn dadurch der öffentliche Frieden gestört wird. Wenn Christen sich angesichts dieser Blasphemien ruhig verhalten, geben sie also einer Straffreiheit einer solchen gewollten Verächtlichmachung Vorschub. So ärgerlich diese Blasphemien sind, so sind sie doch auch zugleich ein Zeichen der Lebendigkeit des religiösen Geltungsanspruches und des „Wertschätzens“ durch den Lästler. Unsere Stellung zum christlichen Menschenbild hat entscheidenden Einfluss auf unsere Stellung zu vielen Alltagsfragen und auch zu Entscheidungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Dies gilt z. B. für unser Verhältnis zu der jüdischen Glaubensgemeinschaft und zu den Muslimen. Dies gilt für die Frage nach der besten Schule für unsere Kinder und nach dem Verhältnis von innerfamiliärer und außerfamiliärer Kindererziehung und Betreuung, ja, dies gilt auch für unsere Stellung zu Gottes guter Schöpfung. Es gibt also genügend Gründe, der Stimme des EAK Gehör zu verschaffen. Der CDU droht sonst, ihren inneren Kompass zu verlieren.

Jürgen Scharf

„Mitteilung“

Herbsttagung 2012 des EAK Thüringen

Termin: Samstag, den 17. November 2012

Uhrzeit: ab 10:00 Uhr

Tagungsort: Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99084 Erfurt

Anmeldung: eak-thueringen@gmx.de oder per Fax 0361/3449225

10.00 Uhr Andacht

10:30 Uhr Begrüßung

Prof. Dr. Jens Goebel (Landesvorsitzender des EAK Thüringen)

10:45 Uhr Protestantisches Bildungsverständnis von Melanchthon bis zur Gegenwart
PD D. Andreas Lindner (Universität Erfurt)

11:30 Uhr Selbstbild und Selbstverständnis evangelischer Schulen heute
KR Marco Eberl (Evangelische Schulstiftung in Mitteldeutschland)

12:30 Uhr Mittagspause

13:30 Uhr Podiumsdiskussion

Carola Böck (Schulleiterin der Staatl. Regelschule Elrich)
Volker Emde MdL (Bildungspolitischer Sprecher der CDU Fraktion im Thüringer Landtag)
Prof. Dr. Will Lütgert (Jena)
Anette Morhard (Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft)
Dorlies Zielsdorf (stv. Landesvorsitzende des EAK Thüringen)
Kjell Eberhard (Moderation)

14:30 Uhr Christliches Menschenbild und Evangelisches Bildungsverständnis: Fundament für alle Schulen?
Karin Wolff MdL (Hessische Staatsministerin a.D.)

anschließend Gespräche bei Kaffee und Kuchen

„Die Medien – Freiheit, Macht, Verantwortung“

Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr.: W39-040113-1

Termin: Freitag, 04.01.2013. bis Sonntag, 06.01.2013

Tagungsort: Schloss Wendgräben

Tagungsbeitrag: 130 € im Einzelzimmer / 100 € im Doppelzimmer

Tagungsleitung: Peter F. Dietrich

Organisation: Britta Drechsel / Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Bildungszentrum Schloss Wendgräben Wendgräbener Chaussee 1, 39279 Wendgräben

Tel. 039245-952-359, Fax: 039245-952-366 Email: Britta.Drechsel@kas.de

Freitag, 4. Januar 2013

Medienarbeit in christlicher Verantwortung - Abseits der Quoten – machtlos und frei ?

Samstag, 5. Januar 2013

Die Freiheit der Medien im Dienst der Demokratie - Strukturen - Machtverhältnisse - Grenzüberschreitungen - Die „Geschichte Münch“ und die Causa Wulff - Online-Medienkommunikation - Einfluss – Auswüchse – Perspektiven (Politik und Medien) -Wechselseitige Abhängigkeiten -Chancen und Risiken - Kamingsgespräch

Sonntag, 6. Januar 2013

Aussprache -Gottesdienstbesuch

(Anmeldungen sind ab sofort bei Frau Drechsel möglich. Änderungen vorbehalten)

„Zeitungenlesen trainiert graue Zellen - Umfrage: Um sich geistig fit zu halten, lesen die Deutschen am liebsten Journale, Illustrierte und Magazine“

Baierbrunn (ots) - Medienkrise hin oder her. Das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage der "Apotheken Umschau" muss Zeitungsverleger und Journalisten freuen. Demnach ist das ausführliche Lesen von Zeitungen und Zeitschriften die bevorzugte Methode der Deutschen, um sich geistig fit zu halten. 89,4 Prozent trainieren auf diese Weise zumindest hin und wieder ihre Konzentrations- und Merkfähigkeit. In der Hitliste der besonders favorisierten Trainingsarten für den Kopf folgen: "Intensiv mit anderen diskutieren" (81,8 Prozent),

"Miträtseln bei Quiz- und Ratesendungen im Fernsehen" (76,3 Prozent), "(Kreuzwort-)Rätsel und Denksportaufgaben lösen" (67,2 Prozent), "Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen" (64,1 Prozent) sowie das "intensive Betreiben eines Hobbys und der Austausch mit anderen darüber" (62,4 Prozent).

Quelle: Eine repräsentative Umfrage des Gesundheitsmagazins "Apotheken Umschau", durchgeführt von der GfK Marktforschung Nürnberg bei 1961 Personen ab 14 Jahren. (Ausgabe 16.07.2012)

Impressum

Herausgeber:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt

Verantwortliche Redakteure:

Jürgen Scharf MdL, Manuel Rupsch

Texte:

Jürgen A. Dittrich, Karsten Knolle, Manuel Rupsch, Holm Dietze, Reinhard Gurcke, Jürgen Scharf, Apotheken Umschau

Bilder:

Gemeinfrei bzw. Genehmigungen liegen vor

Stand: Oktober 2012

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt herausgegeben. Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen.